

Protokoll der FSV-Sitzung am 06.05.2020 um 20 Uhr als Zoom-Konferenz

Anwesend sind: Kritische Jurist*innen: Markus, Leonie, Lea, Lukas, Paula, Joy

RCDS: Sophia, Helen, Dejan, Katharina

LHG: Paul, Jan, Michael, Tilmann, Maxine

Mitglieder des FSR: Timo, Tomma, Simona, Carl, Lotte, Luca, Kira, Jacob, Jonathan

1. Begrüßung

Die Anwesenden werden begrüßt.

2. Wahl eines Protokollierenden

Katharina Sell protokolliert.

3. Festlegung der TO

Die Tagesordnung wird festgelegt.

4. Bestätigung des Protokolls vom 18.03.2020

Die Namen der anwesenden FSR sollen ergänzt werden. Unter diesem Vorbehalt einstimmig angenommen.

5. Verfahren bzgl. der neuen FSR

Es wird die Möglichkeit einer Verschiebung der Ende Mai stattfindenden Wahlen diskutiert. Der FSR schlägt vor, die derzeitige Situation als Anlass zu nehmen, den Wahlzyklus insgesamt zu verschieben. Die kommende Wahl soll im November stattfinden, die im Januar stattfindende Wahl im Mai 2021. Alle FSR würden sich dazu bereiterklären, ihre Amtszeit zu verlängern.

Möglichkeiten:

- Online-Wahl zum normalen Zeitpunkt Ende Mai
- Verschiebung nur der anstehenden Wahl auf November
- Verschiebung des gesamten Wahlzyklus' auf November/Anfang Dezember und Mai

Die verschiedenen Möglichkeiten werden diskutiert. Es wird festgestellt, dass nur eine Verschiebung der anstehenden Wahl nicht sinnvoll ist. Beide Wahlen hängen unmittelbar zusammen, sodass sie sich nur gemeinsam verschieben lassen.

Argumente für die Verschiebung:

- Eine reibungslose Übergabe der Alträte an die neuen Räte ist durch die jetzige Situation nicht möglich. Dadurch würde es für die Neuräte schwierig werden, sich in das Team und die Fachschaftsarbeit einzufinden.
- Bisher konnten die zuletzt neu gewählten Räte noch keine regulären Dienstwochen oder die Organisation der O-Woche miterleben. Eine O-Woche im kommenden Semester nur mit neuen Räten zu organisieren, ist schwierig.
- Es wird Schwierigkeiten geben, Kandidaten zu finden und zu motivieren. Ein Online-Kennenlernabend wäre zwar theoretisch möglich, würde aber nicht die Reichweite und den Effekt des persönlichen Kennenlernens haben. Darüber hinaus gab es bereits bei der letzten

Wahl Probleme, Interessierte und potentiell kandidierende Personen zu finden. Das Problem würde sich bei einer Online-Wahl noch weiter verstärken.

- Eine Online-Wahl scheint nicht sinnvoll, da besonders das persönliche Kennenlernen, das Auftreten und der erste Eindruck zählen.
- Die Wahl Ende Januar liegt ohnehin mitten in der Klausurenphase zu einem ungünstigen Zeitpunkt.
- Durch die NRW Verordnung ist es möglich, dass derzeitige Gremienmitglieder über ihre Amtszeit hinaus weiter im Amt bleiben können.

Argumente gegen die Verschiebung:

- Online-Wahlen würden sich organisieren lassen. Ein Fairness-Problem gäbe es nicht, da alle Bewerber gleichbehandelt werden. Es ist zudem nicht absehbar, ob sich eine Wahl in Präsenzform im November durchführen lassen wird.
- Die Erstis lernen die Fachschaft im Oktober kennen, es würde durch die Wahl im November aber direkt zu einer Änderung der FSR kommen. Auch ein Zusammenwachsen der FSR durch die gemeinsam organisierte O-Woche wird durch die Wahl erschwert.
- Es wird anderen Studierenden die Möglichkeit genommen, sich in der Fachschaft zu engagieren.

Es findet eine Abstimmung über die Verschiebung des Wahlzyklus' (November/Mai) statt. Die Anwesenden sind einstimmig für eine Verschiebung (15/0/0).

Es wird überlegt, ob eine Änderung der Satzung notwendig ist. Bzgl. der ersten Wahl kann man sich auf die Verordnung NRW berufen. Zum späteren Zeitpunkt wird entweder die Satzung entsprechend geändert oder die alten Räte durch eine Neuwahl bestätigt.

In jedem Fall soll der Beschluss offen kommuniziert werden. Es soll Rücksprache mit dem Dekanat gehalten werden, die FSR informieren über ihre Kanäle.

6. Entwicklungen zum Thema Hoeren

Es gibt keine neuen Entwicklungen.

7. Berichte zu Corona im Unialltag

Die Arbeit im FSR funktioniert trotz Corona durch wöchentliche Zoom-Meetings gut. Die Klausurenleihe soll digitalisiert werden, eine neue Website ist in Arbeit. Es findet ein Austausch mit dem Dekanat sowie mit Bundes- und Landesfachschaft statt.

Die Fachschaft setzt sich dafür ein, dass das Corona-Semester als Freisemester angerechnet wird. Dazu wurde letzte Woche ein Schreiben an verschiedene Stellen geschickt. Das JPA Hamm verfolgt zurzeit die Einstellung, dass am Ende des Semesters entschieden werden soll, ob sich das Online-Semester für die Lehre gelohnt hat oder ob es ein Freisemester geben soll.

Es besteht Einigkeit in der FSV, dass kein Bedarf besteht, von unserer Seite aus auch zu handeln, da der FSR die Positionen schon bestmöglich vertritt.

8. Sonstiges

Es wird nach neuen Entwicklungen bzgl. der Klausurenwerkstatt gefragt. Das Förderprogramm endet zum Jahresende. Es bestehen Überlegungen, ab Januar 2021 ein neues Förderprogramm zu organisieren. Dies wird wahrscheinlich kurz vor dem Wintersemester entschieden. Als Alternative wird die Klausurenlehre vom Unirep genannt.

Es wird berichtet, dass durch das ersatzlose Absagen des Jura-Forums eine der Haupteinnahmequellen der Fakultät wegfällt. Es ist evtl. mit Einsparungen zu rechnen.

Das Verhalten von Prof. Hoeren in Online-Vorlesungen wird besprochen. In mehreren Vorlesungen (Sachenrecht im Unirep, GSV) hat Prof. Hoeren die Studierenden, die ihre Webcam nicht angeschaltet haben, aus dem Zoom-Meeting geworfen. In der Unirep-Vorlesung hat er außerdem einen Studenten unmissverständlich beleidigt. Es wird über das weitere Vorgehen diskutiert. Die Vorlesung ist nicht ausschließlich über Zoom zu hören, sie wird gleichzeitig auf YouTube zur Verfügung gestellt. Die Pflicht, die Kamera bei nicht anwesenheitspflichtigen Veranstaltungen einzuschalten, widerspricht allerdings den IT-Leitlinien der WWU.

Es wird darüber abgestimmt, ob die Beleidigung dem Dekanat angezeigt werden soll. Die Mehrheit spricht sich dafür aus (9/5/1).

Der genaue Wortlaut soll dem Dekanat gemeldet werden; der Vorfall soll in Verbindung mit einer Liste der anderen Auffälligkeiten auf der Studienbeiratssitzung am 19.05.2020 besprochen werden.

Es wird außerdem über eine Beschwerde wegen der Webcam-Pflicht abgestimmt. Das wird von der Mehrheit abgelehnt (3/9/3).